



PRESSEMITTEILUNG / 08.11.2024

Deutscher Bauernbund – Herbizid-Wirkstoff Flufenacet – Kein AUS im Deutschen Alleingang

Sachliche Prüfung & Fairness auf EU-Ebene statt nationalen Schnellschusses per Ideologie

Der Deutsche Bauernbund zeigt sich empört über wiederholt drohenden „Deutschen Alleingang“ innerhalb der EU zum Wegfall des Herbizidwirkstoffs Flufenacet (FFA).

FFA ist ein bewährter Wirkstoff in der Unkrautbekämpfung, vor allem in der Getreide- und Maisproduktion. Das drohende Auslaufen der Zulassung von FFA an sich stellt folglich eine massive Herausforderung für die Pflanzenproduktion in Deutschland dar.

FFA befindet sich momentan in einer turnusmäßigen Überprüfung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Dem Wirkstoff droht aufgrund zu großer Umwelt-Auswirkungen ein Ende der Zulassung. Es könnten dann übliche Abverkauf (6 Monate) - und Aufbrauchfristen (18 M.) folgen.

Zudem fordert nun die Deutsche Umwelthilfe derzeit einen Widerruf der FFA-Zulassung, durch das BVL (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit), notfalls per gerichtlichem Eilverfahren. Die nationale Verbotsentscheidung wäre aus Sicht der Landwirte schwer nachvollziehbar.

Wir fordern von der BVL eine sachliche und wissenschaftsbasierte Beurteilung, bei der die Rolle von Flufenacet im integrierten Pflanzenschutz berücksichtigt wird. Ein kurzfristiges Verbot zu erlassen, würde Landwirtschaftsbetriebe vor kaum zu bewältigende Herausforderungen stellen.

Sollte ein Auslaufen der Zulassung nach sachlicher Prüfung unausweichlich sein, müsste wenigstens die Einhaltung von üblichen Abverkauf- und Aufbrauchfristen gewährleistet werden, um wirtschaftliche Schäden von den Betrieben (u.a. Lagerbestände) fernzuhalten und zeitlich einen Anschluss an neue alternative Wirkstoffe zu ermöglichen.

„Als Interessenvertretung landwirtschaftlicher Betriebe weisen wir darauf hin, dass wir unabhängig von der Industrie handeln und für neue Erkenntnisse zum Wirkstoff Flufenacet offen sind.

Es darf jedoch nicht sein, dass das BVL vor Abschluss des Erneuerungsverfahrens von FFA auf EU-Ebene im voreilenden Gehorsam auf nationaler Ebene, fern einer EU-konformen sachlichen Prüfung und somit fern von Wettbewerbsgleichheit in der EU, vollendete Tatsachen schafft und somit enorme wirtschaftliche Schäden verursacht. Dieser Verantwortung sollte sich das BVL bewusst sein. Wir fordern deshalb: „Keinen deutschen Alleingang innerhalb der EU!“.“ so Martin Dippe, Präsident Bauernbund Sachsen-Anhalt, Vizepräsident Deutscher Bauernbund.

V.i.S.d.P.: Martin Dippe, Tel.: 0170-2455897
Annekatriin Valverde; Tel: 0173-4 38 25 35